

Ökolumne

## Nach der EU-Wahl

Ökologische Politik ist die zentrale Frage für das Überleben der Menschheit. Und das wird immer breiteren Bevölkerungsschichten und gerade der jungen Generation immer mehr bewußt. Die Erderhitzung läßt sich nicht zurückdrehen, sie läßt sich nur rechtzeitig stoppen. Die Zunahme der Treibhausgase hat irreversible Folgen.

Die Dynamik der „Fridays für Future“-Demos hat alte Fragen bei vielen Bürgern neu geweckt. Es gibt neues Wissen über die Kippunkte des Erdsystems, über die schmelzenden Eiskappen im Polargebiet, die Zerstörung der Regenwälder, den Plastikmüll in den Meeren, die Zerstörungen durch Manipulation des Erbgutes und die Nebenwirkungen von Agrochemikalien. Wir wissen heute mehr über die tatsächlichen Emissionen durch den Verkehr, die Zerstörung regenerativer Energiestrukturen und das politische Versagen bei der Stabilisierung der Energienetze. Die viel zu geringen Investitionen in eine nachhaltige Wärmedämmung in der gesamten EU sind frustrierend. Der youtube-Blogger „Rezo“ erreichte vor der Wahl viele Millionen Zuschauer mit seinem Verriß der Politik der Bundesregierung. Seine Aussagen sind zutreffend. Da hilft es auch nichts, wenn die CDU nun die Zensur von Meinungen vor Wahlen im Internet fordert. Seit über 30 Jahren setzt sich die ÖDP für die Ökologische Steuerreform ein. Der Anteil der konstanten Ökosteuern an der Gesamtfinanzierung des Staates sank mit der Inflation von 6,5% (2003) auf 4,3% (2018). Auch der im Jahr 2005 eingeführte Europäische Emissionsrechtehandel wirkte nicht, da kein CO<sub>2</sub>-Mindestpreis eingeführt wurde und zu viele Emissionsrechte von der Regierung im Markt vergeben wurden.

Eine Erhöhung der Ökosteuer und ein CO<sub>2</sub>-Mindestpreis im Emissionshandel in allen Sektoren (inklusive Wärme und Verkehr) sind dringend notwendig. Energieträger müssen gleichmäßig entsprechend ihres Primärenergiegehalts und der Freisetzung von Treibhausgasen aus fossilen Quellen besteuert werden. Erneuerbare Energien müssen von der Ökosteuer ausgenommen sein, da ihr Einsatz nicht gebremst werden soll. Die Ökologische Steuerreform hat niedrige Erhebungskosten. Sie eignet sich daher besser für die Besteuerung vieler kleiner Energieverbraucher. Der Emissionshandel hat dagegen sehr hohe Erhebungskosten und eignet sich nur für Großemittenten (wie Kraftwerke). Er läßt sich aber leichter internationalisieren.

Offen gegen höhere Ziele bei der Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes treten nur die AfD und die FDP in ihren Programmen auf. Die CDU äußert sich nicht dazu. Aber de facto blockieren SPD und CDU konsequente Schritte zu mehr Klimaschutz. Sie schützen die Braunkohle und deckeln das EEG-Gesetz. Ihre Industrienähe hindert sie daran, gegen Wegwerfmentalität, Billig-Fliegen, Billig-Fleisch und schwere SUVs gegenzusteuern. Alternativen dazu werden oft durch Brüche in der Infrastruktur blockiert. Dagegen wird von der Regierung zu wenig getan. Immer mehr Bürger wollen den ökologischen Strukturwandel mittragen, wenn Zusagen eingehalten werden.

Mit religiös und national aufgeladener Intoleranz, mit Desinformation oder mit der Angst vor Terror und Kriminalität versuchen Populisten auf Stimmenfang zu gehen. Die EU-Wahl 2014 war stark vom Thema Migration bestimmt. Bei der EU-Wahl 2019 ist Großbritannien weiter im Brexit-Taumel, in Frankreich ringen Le Pen und Macron um die Vorherrschaft, die rechten Gelbwesten-Proteste gegen die Ökosteuer sind noch frisch in Erinnerung. In Italien siegte die Lega mit Salvini, der die EU-Defizitkriterien umgehen will. Der AfD-Anteil bei der EU-Wahl verdoppelte sich, fiel jedoch deutlich gegenüber dem Ergebnis der letzten

Bundestagswahl ab. Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien erreichten europaweit 15%.

In Deutschland war die EU-Wahl im Wesentlichen vom Thema Klimaschutz bestimmt. Damit sank die Zustimmung für die CDU, SPD, Linkspartei und FDP, die bei diesem Thema unglaubwürdig sind. Die Grünen profitierten davon besonders und erreichten in Deutschland 20%, europaweit 10%.